



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der der öffentlichenn/nicht öffentlichenn Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 02.10.2025**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:01 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Philipp Pieloth	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Johannes-Michael Gläser	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Andreas Methner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Elias Mischke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle Vertretung für Herrn Carsten Heym
Stephan Trautwein	stellv. Beratendes Mitglied JHA Vertretung für Herrn Dr. Hendrik Kluge

### **Verwaltung:**

Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähnig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und und Soziales
Dr. Sebastian Meißner	Sozialplaner
Christian Loll	Leiter Abteilung Verwaltung und Finanzen
René Lukas	Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Paul Backmund	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrike Wölfel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Daniel Becker	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Max Nordhaus	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Tatjana Privorozkaya  
Daniela Suchantke  
Susanne Willers  
Mirko Petrick  
Robert Schönrok

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Herr Pieloth** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Pieloth** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- und Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.09.2025
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024  
Vorlage: VIII/2025/01586
- 7.2. Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA  
Vorlage: VIII/2025/01331
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktionen SPD, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volt / MitBürger, Die Linke und FDP/FREIE WÄHLER zu Schulsozialarbeit als Landesprogramm ab 2028 – Resolution Vorlage: VIII/2025/01470
9. Mitteilungen
- 9.1. Jahresplanung 2025 Vorlage: VIII/2025/01677
10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.09.2025
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 15. Mitteilungen
- 16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 17. Anregungen

### **zu 3        Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

### **zu 4        Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es gab keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde.

### **zu 5        Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.09.2025**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 04.09.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:                                bestätigt**

### **zu 6        Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

### **zu 7        Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 7.1      Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01586**

---

**Herr Pieloth** begrüßte Frau Dr. Kreutzfeldt als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

**Herr Loll** brachte die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein und begründete diese. Er bat darum, Fragen zum Haushalt bis zum 27.10.2025 einzureichen.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

**Frau Dr. Kreutzfeldt** bezog sich auf das erwähnte Kinderpflegekonzept. Sie erkundigte sich, ob das neue Kinderpflegekonzept realistisch ist und wie viele Pflegeeltern dafür nötig wären.

**Herr Frolow** erläuterte, dass das Konzept erarbeitet ist und die Geschäftsbereichsbeteiligung abgeschlossen wurde. Die Vorlage soll am 27.11. in den Jugendhilfeausschuss gehen, zuvor aber am 18.11. als Inforvorlage im Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorgestellt werden. Aufgrund des finanziellen Umfangs wird die Vorlage in der Sitzung des Stadtrats im Dezember eingebracht.

**Frau Haupt** nahm Bezug auf die aktuelle finanzielle Lage. Sie fragte, ob es aktuelle Einbußen vom Land Sachsen-Anhalt gibt bzw. ob die Zuweisungen vom Land wie gewohnt ausfallen werden.

**Herr Loll** teilte mit, dass grundlegend die finanziellen Aufwendungen vom Land Sachsen-Anhalt nicht ausreichen, um die kommunalen Aufwendungen zu decken. Dies betrifft vor allem den Bereich „Hilfe zur Erziehung“. Die aktuellen Zuweisungen nach FAG liegen bei rd. 21 Mio Euro,

**Frau Haupt** bemerkte, dass es sich hierbei um Pflichtaufgaben handelt, die gesetzlich festgelegt sind. Sie stellte fest, dass Kommunen oft nicht die benötigten finanziellen Mittel erhalten, die ihnen zustehen. Des Weiteren betonte sie, dass die Jugendhilfeplanung den Orientierungspunkt für zukünftige Schritte liefert und somit im Haushalt verankert sein müsste. **Frau Haupt** erkundigte sich nach dem Stellenwert der Jugendhilfeplanung im Verwaltungsprozess zur Haushaltsbeschlussvorlage.

**Herr Frolow** betonte, dass die Jugendhilfeplanung die Basis für die Haushaltsvorsorge ist und auf festgestellten Bedarfen aus Analysen basiert. Er wies darauf hin, dass trotz Pflichtaufgabe ein erheblicher Beurteilungsspielraum bei der Finanzierung verbleibt, abhängig von den verfügbaren Haushaltsmitteln.

**Herr Kramer** erläuterte, dass die Jugendhilfeplanung ab Seite 146 des Berichts präzisiert, wie sich die Planung von der aktuellen Ist-Situation unterscheidet. Im Vorjahr wurden bereits 3,9 Vollzeitstellen eingespart, weil sich Veränderungen gut ergeben haben, und ähnliche Mittel wie in 2024/2025 vorgesehen bleiben. Vorabmaßnahmen betreffen konkrete Posten wie den Jugendclub Trotha (1,5 Stellen) und die Jugendberufshöfe in der Saline; diese Veränderungen setzen sich 2026 fort. Insgesamt ergibt sich aus den geplanten Veränderungen ein Defizit von 9,6 Stellen; eine einzige Personalstelle kostet ca. 85.000 Euro, ohne Sachkosten. Er sagte, wenn man alle Veränderungen 1:1 umsetzen würde, wären rund 816.000 Euro zusätzlich erforderlich. D.h., es müssten Einsparungen bei Ferienfreizeiten oder Schulsozialarbeit erfolgen. Falls keine Einsparungen erfolgen, droht im Projektbereich gegenüber der Ist-Situation eine Verschlechterung, da das Budget entsprechend angepasst werden müsste. **Herr Kramer** verwies auf die Personalkostensteigerungen von 2,8 %, die ab Mai im Öffentlichen Dienst zu berücksichtigen wären. **Herr Kramer** teilte mit, dass das Halten des Haushaltsbestands 2025 eine 2,8-prozentige Mehrbelastung erfordert und noch keine Umsetzung der Jugendhilfeplanung erfolgt ist. Er plädierte für einen gewissen politischen Druck, damit Teile der Jugendhilfeplanung und ihrer Veränderungen in diesem Jahr wirklich finanziert werden können, da die aktuellen Haushaltsmittel dafür nicht ausreichen. Er bemerkte, dass man sich auf schwierige Haushaltsdiskussionen einstellen muss, weil die Finanzlage keine einfache ist.

**Frau Haupt** erkundigte sich nach dem Stand der Unterhaltsleistungen im Haushalt: Sie wies darauf hin, dass weniger eingestellt worden ist, mit dem Hinweis, dass der hohe Ansatz sich in den Jahren nicht realisieren lasse. Ihrer Ansicht nach sind die Zahlungspflichtigen im Säumnis. Sie bat um Erläuterung des Sachstands.

**Herr Frolow** erläuterte, dass die Sozialstruktur der Stadt in Sachsen-Anhalt insgesamt schwierig ist. Die Stadt Halle (Saale) hat eine höhere Arbeitslosigkeit und eine größere Armutsgefährdung von Kindern als andere Regionen. Dadurch seien viele Unterhaltspflichtige oft nicht in der Lage, auch rückwirkend die Beträge zu leisten.



Herausforderung und das Fördervolumen erneut zu thematisieren, da der Anteil von Landes- und Kommunalfinanzierung deutlich auseinandergeht.

**Herr Nistripike** erkundigte sich, ob der Bedarf und die Maßnahmen bewertet wurden und ob es eine Einschätzung zum Erfolg der bisherigen Interventionen gibt.

**Herr Dr. Meißner** teilte mit, dass eine präzise Quantifizierung der Wirksamkeit sozialer Maßnahmen schwierig ist, aber ein enges Netz von Gesprächen mit den Trägern besteht. Als Beispiel nannte er die Jahresgespräche mit den Vertretern der EFLE. Des Weiteren wies er auf die SROI-Studie in Bayern hin, die verdeutlicht, dass Investitionen in das Suchtberatungsangebot nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen verbessert und die Arbeitsfähigkeit erhält, sondern auch zur Reduzierung sozialer und wirtschaftlicher Folgekosten führt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Pieloth** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

#### **Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung der Sozial- und Jugendhilfeplanung gemäß Anlage 1 nach dem Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA) für die Jahre 2026 bis 2028 zu.
2. Unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsplanes 2026 wird dem Vorschlag der Verwaltung zum Planansatz 2026
  - a) für die Suchtberatungsstellen und
  - b) für die Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellenzugestimmt.

#### **zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

##### **zu 8.1 Antrag der Fraktionen SPD, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volt / MitBürger, Die Linke und FDP/FREIE WÄHLER zu Schulsozialarbeit als Landesprogramm ab 2028 – Resolution Vorlage: VIII/2025/01470**

---

**Frau Seidel-Jähmig** teilte mit, dass der Antrag im letzten Bildungsausschuss eingebracht und diskutiert wurde. Im Bildungsausschuss wurde dem Antrag einstimmig zugestimmt.

**Frau Haupt** bemerkte, dass die Resolution wichtig ist. Sozialarbeiter sind an Schulen notwendig, weil die Probleme in der Stadt vielfältig sind. Sie erinnerte daran, dass früher manche Schulen keinen Sozialarbeiter wollten, heute aber der Bedarf eindeutig sei, und

forderte landesweite Unterstützung bzw. eine Pflicht, mindestens an jeder Schule eine Fachkraft zu haben. Sie bat um Zustimmung des Antrags.

**Herr Kramer** teilte mit, dass er die Resolution gut findet. Er betonte die Bedeutung von Punkt 3, wobei eine indikatorgestützte Priorisierung in der Stadt Halle (Saale) sehr wichtig ist. Er kritisierte, dass das Land Sachsen-Anhalt sich nicht darum kümmert und so Planung und Umsetzung unterminiert.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Pieloth** um Abstimmung des Antrags.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution:

1. Der Stadtrat von Halle fordert das Land Sachsen-Anhalt auf, die dringend benötigte Schulsozialarbeit, die in Schulen als Landesaufgabe stattfindet, zum 01.08.2028 in ein dauerhaft ausfinanziertes Landesprogramm, das mit entsprechendem Ausführungsgesetz nach §13a SGB VIII abgesichert ist, zu überführen.
2. Zudem müssen die bestehenden Schulsozialarbeitsprojekte und die Netzwerkstelle für Schulerfolg bedingungslos weitergeführt werden sowie Verträge entfristet werden, um qualifiziertes Fachpersonal zu halten.
3. Weiterhin fordern wir, dass die Kompetenz der Stadtverwaltung Halle (Saale) mit ihrer erarbeiteten indikatorengestützten Prioritätensetzung bezüglich der Bedarfe von Schulsozialarbeit an den einzelnen Schulen seitens des Landes Sachsen-Anhalt anerkannt und in der Zuweisung der Stellen berücksichtigt wird.
4. Für die Zukunft fordern wir, dass Schulsozialarbeit an allen Schulformen sowie Schulen, die es wünschen, in ausreichender Anzahl dauerhaft etabliert und institutionalisiert sowie vom Land Sachsen-Anhalt finanziert wird.

**zu 9            Mitteilungen**

---

**zu 9.1        Jahresplanung 2025  
Vorlage: VIII/2025/01677**

---

Die Jahresplanung 2025 wurde zur Kenntnis genommen.

*Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.*

**zu 10         Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 10.1      Frau Dr. Kreutzfeldt zum Jugendtreff Silberhöhe**

---

**Frau Dr. Kreutzfeldt** teilte mit, dass der Treff für Jugendliche am Skaterpark in der Silberhöhe Ziel eines Brandanschlages geworden ist. Im Rahmen des Projektes „Dazwischenfunken“ der Bürgerstiftung Halle und in Zusammenarbeit mit dem

Quartiersmanagement der Stadt Halle wurde ein ausgedienter Schiffcontainer in einen Jugend-Treff umgewandelt. Der Container war möbliert und sollte als langfristiges Angebot weiter ausgebaut werden.

Sie fragte:

1. Wurde Anzeige erstattet? Sind die Täter\*innen bekannt und wenn ja, konnten diese dingfest gemacht werden? Wenn ja, handelt es sich um jugendliche oder erwachsene Täter\*innen?
2. Ist der Container als „Raum“ weiter/wieder nutzbar? Wie hoch sind die kalkulierten Reparaturkosten?
3. War der Jugendtreff für alle interessierten Jugendlichen zugänglich? Wenn nicht, könnte Neid, die Nichtbeteiligung von Jugendlichen ein Grund für den Brandanschlag gewesen sein?
4. Wenn eine Reaktivierung des Containers nicht möglich ist, welche Alternativen hinsichtlich eines Jugendtreffs sind am Standort Skaterbahn Silberhöhe geplant?

**Herr Frolow** sagte eine schriftliche Antwort zu.

## **zu 10.2 Herr Starke zur evangelischen Grundschule**

---

**Herr Starke** fragte, ob die Stadt Halle die Pläne zur Erweiterung der Evangelischen Grundschule Halle zu einer weiterführenden Schule nicht mehr unterstützt. Er erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand.

**Frau Seidel-Jähnig** sagte eine schriftliche Antwort zu.

## **zu 10.3 Herr Raabe zur Öffnung von Schulsportanlagen**

---

**Herr Raabe** bezog sich auf eine bereits gestellte Anfrage von Frau Krause zur Öffnung von Schulsportanlagen. Es wurde damals angekündigt, dass nach den Sommerferien eine Bereitschaftsabfrage bei den Schulen erfolgen sollte. Er fragte, ob es derzeit Ergebnisse dazu gibt.

**Herr Frolow** sagte eine schriftliche Antwort zu.

## **zu 11 Anregungen**

---

### **zu 11.1 Herr Kramer zur Neubesetzung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

---

**Herr Kramer** regte die Neubesetzung des ehemaligen Mitglieds Frau Michelle Brasche im Unterausschuss Jugendhilfeplanung an.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Pieloth** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Philipp Pieloth  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
Protokollführer